

Fehlervermeidung und Optimierung ist selbstverständliches Interesse Sozialer Arbeit, aber sie darf auch lächeln angesichts dann doch nicht zu erreichender Vollkommenheit, angesichts dann doch durchkreuzender Handlungsweisen von Menschen, deren Besonderheit und Einzigartigkeit vieles anders sein lässt. Aber gerade das macht Soziale Arbeit so besonders und einzigartig. Die Abkehr von jeder Form des Rigorismus wird auf dem Weg der Versöhnung gestaltet, der Versöhnung mit den eigenen Fehlern, den eigenen Unzulänglichkeiten, aber auch der Anerkennung eigener Kompetenzen, der eigenen Gefühle, der eigenen Praxis. Solche Selbstversöhnung erweist sich in vielfacher Hinsicht als hilfreich, nützlich, vernünftig und gut. Energien verpuffen nicht in überflüssigen Kontrollmaßnahmen. Respekt und Achtung vor dem anderen machen das Hineinzwängen in Ideale überflüssig. Die Akzeptanz der Lebens- und Handlungsweisen anderer schafft Raum, Planungen flexibler zu handhaben. Die Wahrnehmung von Gefühlen und die Bereitschaft zur eigenen Korrektur sowie die Anerkennung eigener Fehlbarkeit entlasten von der Aufrechterhaltung erhabener Fassaden.

Auf diesem Wege werden Energien frei für die Gestaltung des Lebens in der und durch die Sozialarbeit, die in den Auseinandersetzungen um die – vermeintlichen – Defizite verpuffen und in den letzten Jahrzehnten positiven Weiterentwicklungen nicht zur Verfügung standen. Stattdessen wurden immer wieder Rechtfertigungskonzepte erarbeitet, penibel Fehler aufgespürt, ja heraufbeschworen, Sozialarbeit immer wieder in ein Licht gerückt, das sie als letztlich permanent untauglich erscheinen ließ. All diese Vorgehensweisen offenbaren keinen guten Umgang mit Sozialer Arbeit. Es bleibt zu fragen, welche Haltung solchem Denken gegenüber Sozialer Arbeit zugrunde liegt. Ich vermisste immer wieder wohlwollendes Fördern und akzeptierendes Wertschätzen. Aus meiner Sicht ist es längst an der Zeit, dass in der Sozialarbeit Tätige und deren Kritiker und Kritikerinnen sich darauf besinnen, Soziale Arbeit zu lieben. In einer solchen Haltung liegen die besten und stärksten Energien.

Literatur

- Grün, A.: Gut mit sich selbst umgehen. Mainz 1996
Lau, T.; Wolff, S.: Wer bestimmt hier eigentlich, wer kompetent ist? Eine Kritik an Modellen kompetenter Sozialarbeit. In: Müller, S. u. a. (Hrsg.): Handlungskompetenz in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik I. Bielefeld 1982, S. 261-302
Pohlmeier, H.: Die psychoanalytische Theorie der Depression. In: Eicke, D. (Hrsg.): Psychologie des 20. Jahrhunderts, Band 2. Freud und die Folgen. Zürich 1976, S. 675-696

Rundschau

► Allgemeines

International Federation of Social Workers schlägt Irena Sendler für Nobelpreis vor. Die Sozialarbeiterin Irena Sendler wird von der IFSW für den Nobelpreis vorgeschlagen. Sie rettete in den Jahren 1943/44 im Warschauer Ghetto 2 500 jüdische Kinder vor dem sicheren Tod. In der Untergrundorganisation Zegota koordinierte sie diese risikante Befreiung. Sie selbst wurde verhaftet und zum Tode verurteilt. Zegota konnte Irena Sendler durch Bestechungsgelder wieder frei bekommen. Später erhielt Irena Sendler für ihre Tapferkeit und ihren Mut von den israelischen und polnischen Regierungen hohe Auszeichnungen. Auch auf dem Weltkongress der IFSW in München 2006 wurde sie für ihre Verdienste geehrt. Heute lebt Irena Sendler in einem Warschauer Altenheim. Einen ausführlichen Beitrag über ihr Leben veröffentlicht die „Soziale Arbeit“ im Septemberheft 2007.

Faltblatt hilft Opfern von Gewalt in engen sozialen Beziehungen. Die Hilfen für Opfer von Gewalt in engen sozialen Beziehungen noch besser zugänglich zu machen, darauf zielt ein Faltblatt ab, das das Frauenministerium von Rheinland-Pfalz neu herausgegeben hat. Die Veröffentlichung informiert umfassend über Angebote und Erreichbarkeit der Zufluchts- und Beratungseinrichtungen in diesem Bundesland. Sie richtet sich an alle, die die Situation der betroffenen Frauen oft als Erste erkennen und ihnen unmittelbar helfen können, insbesondere an medizinisches und pflegerisches Personal im Gesundheits- und Sozialbereich, aber auch an Beschäftigte der Polizei. Den genannten Berufsgruppen kommt im Netzwerk gegen Gewalt eine Schlüsselrolle zu. Die Erfahrungen zeigen, dass von häuslicher Gewalt betroffene Frauen am ehesten Hilfe im medizinischen Umfeld suchen und von dort aus entscheidende Weichen für den Weg aus der Gewalt gestellt werden können. Bestellanschrift: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz, Broschürentelefon: 06 131/16 20 16
E-Mail: Bestellservice@masgff.rlp.de

► Soziales

Ein Spielplatz für Senioren. Im Stadtteil Charlottenburg-Wilmersdorf ist Anfang Mai 2007 im Preußenpark der erste Seniorenspielplatz Berlins entstanden. Der Platz wurde mit privaten Sponsorengeldern finanziert und bietet seinen Besucherinnen und Besuchern verschiedene Sportgeräte einer Hamburger Firma, die besonders für die Bedürfnisse von Senioren und Seniorinnen ausgelegt sind. Nach den Vorstellungen der Bezirksverwaltung soll der Platz ein Begegnungsort für Jung und Alt werden, denn natürlich sollen auch Kinder diesen Platz benutzen, jedoch in Begleitung Erwachsener. Die Idee kommt aus China, wo es längst in den großen Städten solche Seniorenspiel- beziehungsweise Begegnungsplätze in Parks und Fußgängerzonen gibt. Und wenn es nach dem Willen der Initiatoren

geht, werden auch weitere Angebote dieser Art in ganz Deutschland folgen. *Quelle: Zeitung des Sozialverbands Deutschland 6.2007*

Angst vor Arbeitsverlust. In Ländern, in denen die Arbeitsmarkt- und Kündigungsschutzbestimmungen weitaus lockerer sind als in Deutschland, halten die Beschäftigten ihren Arbeitsplatz dennoch für sicherer als hierzulande. Zu diesem Ergebnis kam das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) nach einer Auswertung von Daten des neuesten „European Social Survey“, für den über 34 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in 17 europäischen Ländern befragt wurden. In der Schweiz beispielsweise meinten etwa 42 % der Befragten, ihr Arbeitsplatz sei sicher; in Dänemark halten sich knapp 32 % der Beschäftigten vor Kündigungen gefestigt. Ähnlich optimistisch sind auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Großbritannien und Belgien. Ganz anders dagegen die Zahlen für Deutschland: Trotz eines vergleichsweise hohen Kündigungsschutzes halten lediglich 18 % der Befragten ihren Arbeitsplatz für sicher. Die Forschenden erklären diesen Zusammenhang mit den unterschiedlichen Arbeitsmarktstrukturen: Während in Deutschland mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung bleibe, treffe dies in den anderen genannten Ländern nur auf jeden vierten Arbeitslosen zu. Die Zuversicht, nach einer Kündigung nicht lange ohne eine neue Arbeit zu bleiben, verringere dort offenbar die Angst vor einem Stellenverlust. *Quelle: praxis aktuell der AOK 2/2007*

► Gesundheit

Prävention verhindert Diabetes. Allein durch einen veränderten Lebensstil ließe sich die Zahl der Typ-2-Diabetiker nahezu um die Hälfte reduzieren. Mit diesem Ergebnis endete eine Studie finnischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Über einen Zeitraum von sieben Jahren hatten sie Daten bei 520 Übergewichtigen mit gestörter Zuckertoleranz erhoben. In den ersten vier Jahren wurden 50 % der Teilnehmenden intensiv beraten, um sie zum Abnehmen, zu fettärmerem Essen und zu mehr Bewegung zu motivieren. In den folgenden drei Jahren wurde ohne weitere Intervention kontrolliert, wie viele der Studienteilnehmenden an dem sogenannten Alterszucker erkrankten. Von denjenigen Probandinnen und Probanden, die ihre Ernährungs- und Lebensgewohnheiten tatsächlich langfristig umstellten, bekamen 4,3 % Diabetes. Bei denen, die ihre Ess- und Bewegungsgewohnheiten beibehielten, lag diese Quote bei 7,2 %. *Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 5.2007*

Telefonhotline zur Pflege. Wer Fragen rund um das Thema Pflege hat, kann jetzt zum Telefonhörer greifen und wird beraten. Die Verbraucherzentralen haben in Kooperation mit den Betriebskrankenkassen drei Telefonhotlines zu den Themen Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung unter 0180/377 05 00-1, Beratung zu Heim- und Pflegedienstverträgen unter 0180/377 05 00-2 und zu alternativen Wohnformen unter 0180/377 05 00-3 eingerichtet. Dieses Pilotprojekt läuft bis Mitte des Jahres 2009. Die Kooperation basiert auf einer Regelung des Sozialgesetzbuches XI, die es den Pflegekassen erlaubt, eine unabhängige Pflegeberatung zu unterstützen. Die Pflegeberatung ist montags und mittwochs von 10 bis

13 Uhr und donnerstags von 14 bis 18 Uhr erreichbar, sie ist kostenfrei. Der Anruf aus dem deutschen Festnetz kostet neun Cent pro Minute. *Quelle: VdK Zeitung 6.2007*

Stiftung für Soziale Psychiatrie gegründet. Am 5. Mai 2007, dem Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, wurde die Stiftung für Soziale Psychiatrie gegründet. Stifterin ist die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) e.V., die sich seit ihrer Gründung im Jahr 1980 für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse psychisch erkrankter Menschen bemüht. Zweck der Stiftung ist die Förderung sozialpsychiatrisch orientierter Behandlung, Betreuung und der gesellschaftlichen Integration von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Behinderungen. Insbesondere sollen Modellprojekte, bürgerschaftliche Initiativen, Forschungsarbeiten, Veröffentlichungen, Bildungsangebote und Fachveranstaltungen gefördert werden. Die Stiftung ist eine Treuhandstiftung in der Trägerschaft der Stiftung „Gemeinsam Handeln – Paritätischer Stifterverband in NRW“. Nähere Informationen: DGSP, Zeltinger Straße 9, 50969 Köln, Tel.: 02 21/51 10 02 Internet: www.stiftung-sozial-psychiatrie.de

► Jugend und Familie

Elterngeld für Väter. Das Anfang dieses Jahres neu eingeführte Elterngeld ist auch für Väter attraktiv. Nach ersten vorläufigen Auswertungen der neuen Elterngeldstatistik wurden im Schnitt bundesweit im ersten Quartal 2007 pro Monat rund 1330 Anträge von Vätern auf diese Leistung bewilligt. Damit wurden rund 7 % aller Anträge für Väter gewährt. Beim Erziehungsgeld, das Ende des Jahres 2006 ausgelaufen ist, lag der Anteil der Bewilligungen für diese im vergleichbaren Zeitraum mit 3,5 % nur halb so hoch. Das Elterngeld beträgt 67 % des letzten Nettogehalts, wenn die Arbeitszeit vollständig oder teilweise reduziert wird, mindestens jedoch 300 Euro und höchstens 1800 Euro monatlich. Nicht Erwerbstätige haben Anspruch auf den Mindestbetrag von 300 Euro. Diesen erhielten 60 % der Mütter und 36 % der Väter, deren Anträge im ersten Quartal 2007 bewilligt wurden. Entsprechend höher lag der Anteil der Väter (64 %) im Vergleich zu den Müttern (40 %), die einen Ersatz für ihr Erwerbseinkommen erhalten haben. 30 % der Väter, deren Anträge in dem genannten Zeitraum bewilligt wurden, nahmen Elterngeld für zwölf Monate in Anspruch, 47 % für zwei Monate. Von den Müttern nahmen 86 % für zwölf Monate diese Leistung in Anspruch, weitere 6 % für elf Monate. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 205/07*

Kinder als Täter. Kinder- und Jugendkriminalität als Thema des Kinder- und Jugendschutzes. Hrsg. Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V. Selbstverlag. Berlin 2006, 101 S., EUR 4,– *DZI-D-7953*

Mit der vorliegenden Publikation will die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz zum einen über das tatsächliche Ausmaß der Kinder- und Jugendkriminalität informieren, speziell über die Entwicklung bei Mädchen und jungen Frauen. Zum anderen sollen aber auch Projekte und Maßnahmen der Gewaltprävention vorgestellt werden. Im Weiteren folgen Hinweise, wie man frühzeitig auf Mädchen und Jungen einwirken kann, um ihnen Alternativen zum gewalttätigen Austragen von Konflikten

aufzuzeigen. Bestelladresse: BAJ Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V., Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Fax: 030/40 04 03 33
E-Mail: material@bag-jugendschutz.de

Unterhaltsrecht. Die Verabschiedung eines neu gefassten, von der Koalition ausgehandelten Unterhaltsrechts wurde vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ge-kippt. Es entschied, dass Kinder, deren Eltern verheiratet waren, und solche, deren Eltern nicht den „Bund fürs Leben“ geschlossen hatten, beim Unterhalt gleich zu behandeln seien. Geschiedene Mütter oder Väter hatten bislang Anspruch auf Unterhalt bis spätestens zum Ende der Grundschulzeit ihrer Kinder, ohne dass sich der erziehende Elternteil um eine Arbeit kümmern musste. Bei unverheirateten Eltern sah das Gesetz eine wesentlich kürzere Kinderbetreuungszeit vor. Bereits drei Jahre nach der Geburt musste sich der alleinerziehende Elternteil wieder um eine Arbeit bemühen. Spätestens bis zum Endes des nächsten Jahres muss der Bundestag eine Regelung treffen, die mit der Verfassung übereinstimmt. *Quelle: Das Parlament 22/23.2007*

► Ausbildung und Beruf

Besteuerung von Tagesmüttern? Nach Presseberichten plant das Bundesfinanzministerium, vom Jugendamt vermittelte Tagesmütter zu besteuern. Der Paritätische Niedersachsen, zu dem auch die Interessengemeinschaft Tagesmütter gehört, reagierte irritiert auf dieses Vorhaben, denn es sei völlig unverständlich, dass ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem die Betreuung von Kindern ausgebaut werden soll, die wichtige Arbeit der Tagesmütter besteuert werde. Dies erschwere ihre Tätigkeit und sorge dafür, dass möglicherweise Interessierte nicht als Tagesmütter tätig würden. Der Paritätische Niedersachsen verweist dabei auf die Eltern, die auf eine gute Betreuung ihrer Kinder angewiesen sind. Deshalb fordert der Verband eine Beibehaltung der jetzigen Regelung, nach der die vom Jugendamt vermittelten Tagesmütter steuerfrei bleiben, wenn sie höchstens fünf Kinder betreuen. *Quelle: Der Paritätische Medien-Service 18/2007*

Masterstudiengang „Soziale Dienste in der alternenden Gesellschaft“. Die Hochschule Magdeburg-Stendal bietet ab dem Wintersemester 2007/08 einen Masterstudiengang zu dem oben genannten Arbeitsgebiet an. Das Angebot zielt auf die Herausbildung von Qualifikationen zur Konzeptentwicklung, Steuerung und Forschung mit der Zielgruppe älterer Menschen, ihren Beziehungen zu anderen Altersgruppen und der Analyse und Begleitung von Lebensläufen. Entwickelt werden Fähigkeiten zu einer alterssensiblen Entwicklung sozialer Dienste und Sozialer Arbeit. Zielgruppen des Studiengangs sind Absolventinnen und Absolventen von Diplom- und Bachelorstudiengängen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik sowie anderer sozialwissenschaftlicher, pädagogischer oder gesundheitsbezogener Studiengänge. Weitere Informationen unter <http://www.hs-magdeburg.de/fachbereiche/f-sgw/studium/Sozialw/soz-master/>

Tagungskalender

12.-14.9.2007 Düsseldorf. 5. BIBB-Fachkongress 2007: Zukunft berufliche Bildung. Potenziale mobilisieren. Veränderungen gestalten. Information: Bundesinstitut für Berufsbildung BIBB, 53142 Bonn, Tel.: 02 28/107-28 29, E-Mail: fachkongress@bibb.de Internet: www.bibb.de/fachkongress

17.-19.9.2007 Magdeburg. 7. SommerAkademie zur Gesundheitsforderung: Gesundheit Gemeinsam Gestalten. Information: Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen, Breitscheidstraße 2, 39114 Magdeburg, Tel.: 03 91/886-42 87, Fax: 03 91/886-47 36 E-Mail: sommerakademie@sgw.hs-magdeburg.de

27.-28.9.2007 Bad Nauheim. 3. Fachforum der LAG Wohnen: Über die Grenzen hinaus. Netzwerke – wir gestalten unseren Platz in Europa. Information: Landesarbeitsgemeinschaft Wohnen für behinderte Menschen e.V., Vor der Kaserne 6, 63571 Gelnhausen, Tel.: 060 51/92 18-12, Fax: 060 51/92 18-854, E-Mail: info@lagwohnen.de

5.-6.10.2007 Roßwein/Sachsen. Tagung: Wie wirkt Supervision? Information: Hochschule Mittweida, Fachbereich Soziale Arbeit, Döbelnerstraße 58, 04741 Roßwein, Tel.: 03 43 22/486 01, E-Mail: Kutzner@htwm.de

6.10.2007 St. Pölten. 1. Internationales Ilse-Arlt-Kolloquium. Information: Fachhochschule St. Pölten, Ilse Arlt Institut für soziale Inklusionsforschung, Heinrich-Schneidmadlstraße 15, 3100 St. Pölten, Österreich E-Mail: so041014@fh-stpoelten.ac.at

8.10.2007 Kiel. 2. Norddeutsche Sozialwirtschaftsmesse: Pflegemanagement und Personalentwicklung in der Sozialwirtschaft. Information: Fachhochschule Kiel www.fh-kiel.de/sozialwirtschaftsmesse

15.-16.10.2007 Stuttgart. 4. Interdisziplinärer Kongress für Betreuung und Bildung: Invest in Future. Information: eoscript Public Relations, Kaiserstuhlweg 3, 70469 Stuttgart, Tel.: 07 11/553 09 46, E-Mail: eos@eoscript.de

19.10.2007 Berlin. 8. Berliner Gespräche zum Gesundheitswesen: Die Neuordnung der medizinischen Versorgungsstrukturen durch das GKV-WSG. Information: Thieme.congress im Georg Thieme Verlag KG, Rüdigerstraße 14, 70469 Stuttgart, Tel.: 07 11/89 31-361, Fax: 07 11/89 31-370, E-Mail: fortbildung@thieme.de

20.10.2007 Berlin. Tagung: Diagnostik. Information: Autismus Deutschland e.V., Bundesverband zur Förderung von Menschen mit Autismus. Bebelallee 141, 22297 Hamburg, Tel.: 040/511 56 04, Fax: 040/511 08 13 E-Mail: info@autismus.de